

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 1 Pf.
Schriftleitung: u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.
Postfach-Ronto Dresden 2486 / Staatsbank-Ronto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamazeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengefuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragliche Nebenblätter: Landtags-Beilage, Stellungskarte der Staatsfiskusverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsstelle der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 54

Dresden, Freitag, 4. März

1932

Zur Reichspräsidentenwahl.

Die Erklärung Hindenburgs im Tonbild.

Berlin, 3. März.
Reichspräsident v. Hindenburg wird im Rahmen der Umella-Tonwoche von heute ab im ganzen Deutschen Reich seine Erklärung sprechen, die er vor den vereinigten Hindenburg-Ausschüssen zur Annahme der Präsidentschaftskandidatur abgegeben hat.

Nehmt Einblick in die Wahllisten!

Berlin, 3. März.
Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse macht darauf aufmerksam, daß die Anhänger einer Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit der Entrohung in jene Listen, die Anfang des vergangenen Monats von dem sogenannten Sach-Rundschuß ausgelegt worden waren, damit noch nicht — wie man vielfach hört — ihrer Wahlpflicht gedenkt haben. Seine erste Entrohung war erforderlich, um den geistlich vorgeschriebenen sogenannten Wahlvorschlüssen zu ermöglichen, durch den die offizielle Kandidatur erst möglich wird. Nachdem dies nun erreicht ist, muß jetzt die eigentliche Wahl nach den Bestimmungen des Gesetzes vor sich gehen. Es ist zunächst für jeden Wähler Hindenburgs unbedingt erforderlich, sich durch Einblick in die Wahllisten, die bei dem Gemeindevorstand seines Wohnortes liegt ausliegen, davon zu überzeugen, daß sein Name in den Listen auch wirklich eingetragen ist. Fehlt diese Entrohung, so kann er auch nicht wählen. Seine Stimme geht also Hindenburg verloren. Auch sind die Wähler Hindenburgs wissen, daß er — wenn er etwa am 13. März verreisen möchte — sich rechtzeitig beim Gemeindevorstand seines Wohnortes einen Stimmschein besorgen muß. Hat er diesen Schein, so kann er an jedem beliebigen Orte im Deutschen Reich am 13. März seine Stimme für Hindenburg abgeben.

Der Berliner Polizeipräsident gegen Erpressung von Wahlspenden.

Berlin, 3. März.
Der Polizeipräsident teilt mit: Die radikalen Parteien versuchen, zur Finanzierung des gegenwärtigen Wahlkampfes Geschäftsleute unter Drohungen zur Zahlung von Geldspenden zu zwingen. Ich habe alle in Frage kommenden politischen Dienststellen angewiesen, unmissverständlich und mit aller Schärfe gegen derartige erpresserische Handver einzuschreiten. Von der Bevölkerung muß ich erwarten, besonders aber von Geschäftsleuten, daß sie in jedem Falle für eine rechtzeitige Benachrichtigung der Polizei Sorge tragen. Die Täter haben Bestrafung wegen Nötigung, Erpressung, unter Umständen Hausfriedensbruch zu gewärtigen.

Der Hindenburgauschuss vor der Presse.

Berlin, 3. März.
Auf einem Presseempfang der vereinigten Hindenburg-Ausschüsse führte der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Landrat a. D. Dr. Gerete-Pfeiffer, R. d. R., u. a. aus: Die vereinigten Hindenburg-Ausschüsse haben dem Reichspräsidenten v. Hindenburg gelobt, daß sie den Wahlkampf so führen werden, wie es dem hohen Amt und der Persönlichkeit eines Hindenburg entspricht: ritterlich und sachlich. Auf der anderen Seite hat aber der Wahlkampf Formen angenommen, die aus vaterländischen Gründen tief zu bedauern sind. Weder der Reichspräsident noch der Hindenburgauschuss betrachten die erneute Kandidatur des Heilmannschalls als eine Parteiangelegenheit. In dem vereinigten Hindenburgauschüssen und in den Arbeitsausschüssen sind eine große Reihe von Parteien, Bänden und Organisationen vertreten, die heute genau so für Hindenburg eintreten, wie sie es bereits 1925 getan haben.

Ein Mann, der mehr als ein Menschenalter hindurch nur seinem Volke und Vaterlande gedient hat, der als Sieger von Tannenberg in der Geschichte steht, der das unbeflegte Meer in die Heimat zurückführte, der 1925 das schwerste Amt in Deutschland auf sich nahm, der muß zum mindesten verlangen, können, daß jeder Deutsche, der noch einen Funken Ehregefühl und Treue in sich trägt, die Größe jenes letzten Schrittes an

würdigen weiß: Hindenburg wollte lieber den Bastionsweg persönlicher Angriffe gegen sich gehen und die Herabsetzung seines Namens in Kauf nehmen, als daß er Deutschland schenden Anges des Bastionsweges des Bürgerkrieges beistehen ließe.

Man macht Hindenburg den Vorwurf, er diene dem System. Mit dem System ist es so eine eigene Sache. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Overling hat nach Hindenburgs Vereidigung 1925 erklärt, daß damit Hindenburg selbstverständlich verpflichtet sei, entsprechend der Weimarer Verfassung zu handeln. Derselben Ged hat jetzt der Präsidenschaftskandidat Adolf Hitler als braunschweigischer Regierungsrat geteilt.

Es sprach weiter General v. Winterfeldt, der im Kriege als Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler dem Generalstabswortführer dienlich und menschlich nähergetreten ist. Er sagte: Wenn man Hindenburg als den Bestreiter eines Systems bezeichnen will, so ist es das System der unerschütterlichen Pflichttreue bis zum letzten Atemzug des Dienstes an Volk und Vaterland.

Die Christlichen Gewerkschaften Deutschlands zur Wahl.

Berlin, 3. März.
Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem betont wird, daß den Kampforganisationen des Nationalsozialismus Bereitwilligkeit des Volkes gegenüberstehen, die zur Abwehr jeder illegalen Machtergreifung und Wuchterführung entschlossen sind. Die christliche Arbeiterschaft sieht in eigener geschlossener Front gegen kommunistischen und nationalsozialistischen Diktatorwillen. Ihr Kampf gilt der Freiheit der Arbeiterschaft, der Freiheit der christlichen Kultur und Lebensform der nationalen Freiheit des deutschen Volkes. Ihr Kampf gilt der Sicherung einer zukünftigen sozialen Gerechtigkeit und Wirtschaftsentwicklung, die aus der freien Entfaltung und sinnvollen Zusammenarbeit der Völker und Völker erwächst.

Eine Rundgebung des Hindenburgbundes.

Berlin, 3. März.
Der Hindenburgbund, der die Jugendgruppen der Deutschen Volkspartei umfasst verbreitet einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es u. a. heißt:
Der Hindenburgbund kennt nur eine Wahlparole: Hindenburg. Mit Stolz tragen wir seinen Namen. Hindenburg ist und die Bekämpfung all dessen, was wir in Deutschland stehen: christliche Gesinnung, ledentliches Pflichtbewußtsein, hochgeprägtes nationales Gewissen, Liebe zum Vaterland und persönliche Treue nicht in Worten, sondern im Handeln. Hindenburg hat einst als junger Soldat für dieses Reiches Ruhm zu kämpfen dürfen, er hat als Führer des deutschen Volkes in Waffen im Weltkrieg des Reiches Boden vom Fremde freigehalten und so das Reich gerettet, er schützte und schützte heute als einzig sichtbares Symbol deutscher Einheit des Reiches Bestand.

Die Reichspräsidentenwahl ist nicht der Kampfplatz für parteipolitische Kämpfe. Nicht ein Partei- oder Bundesführer kann Führer des ganzen Volkes sein. Höher als die Partei steht das Vaterland, höher als der Vertreter einer Partei die unabhängige Persönlichkeit. So wollen wir für Hindenburg kämpfen, so wollen wir uns zu ihm bekennen und ihm danken. Dann halten wir ihm die Treue, wie er sie Deutschland hält.

Aufruf des Kartells der republikanischen Verbände zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 3. März.
Das Kartell der republikanischen Verbände Deutschlands verbreitet einen Aufruf zur Präsidentschaftswahl am 13. März, der die Entscheidungsschlacht genannt wird. In dem Aufruf heißt es: Hitler's Wille würde Deutschland der Reaktion an-

liefern, die sozialen Ertragschaften der werftätigen Massen vernichten, den Rechtsstaat Deutschland dem Terror einer Diktatur anliefern. Der siegreiche Faschismus würde das Werk von Weimar zugrunde richten und die Hoffnung auf Bewältigung eines wahrhaft sozialen Volkstaates zerstören. Sodann wird aufgeführt: Hindenburg ist Gewähr für Ruhe und

Ordnung! Er steht zu seinem Eid auf die Reichsverfassung, den er geschworen. Er ist von dem hohen Willen befeuert, das Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Die Wahl am 13. März ist für Hitler die letzte Gelegenheit, zur Macht zu kommen. Darum alle Stimmen gegen Hitler und für Hindenburg!

Die Biersteuer Verhandlungen.

Berlin, 3. März.
Nachdem die Aufhebung des Bierstreits durch die Lokalkommission der vereinigten Gaubünde Groß-Berlins, wie gestern gemeldet, angeordnet wurde, fanden heute in der Industrie- und Handelskammer unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Welpke Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsfinanzministeriums, des Gaubündnisministeriums und der Brauindustrie sowie des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe statt.

Wie dem Büro Wolff von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hält das Reichsfinanzministerium, wie bereits gemeldet, an seiner Forderung, die Biersteuer bis zum 24. März, soweit sie 22 RM beträgt, um 7 RM zu senken. Die Verhandlung über die Aufhebung dieses Beschlusses auf Reichs- und Gemeindefürer wird unverzüglich wieder aufgenommen werden. Das Reichsfinanzministerium erwartet, daß die Senkung der Biersteuer eine entsprechende, durch Wirtung aller Beteiligten herbeizuführende Preisentwertung zur Folge hat.

Weiterhin wurde über die Schanksteuer und Luftscharsteuer verhandelt, deren Senkung von den Interessenten gefordert wurde. Weitere Verhandlungen stehen bevor.

Berlin, 3. März.
Die Lokalkommission der vereinigten Gaubünde Groß-Berlins teilt mit: Durch Vermittlung der Handelskammer sind der Lokal-

kommission gestern (spätabends) zum erstenmal die genau festgelegten Forderungen der Reichsregierung unterbreitet worden, wonach nicht nur die Reichsbiersteuer um 7 RM, sondern auch die anderen Forderungen des Gewerbes, besonders Befreiung der Schanksteuer eingegangen werden soll. Der Streit wird nicht eubgültig abgeblasen. Es handelt sich nur um einen sogenannten Waffenstillstand. Im Laufe des heutigen Tages wird der Streitplan entworfen, damit im Falle ungenügender Zugeständnisse der Regierung der Streit von neuem, aber dann für ganz Deutschland, aufgenommen wird.

Wie Wolff Büro hierzu von unterrichteter Seite auf Anfrage erfährt, hat die Reichsregierung nur die schon am Freitag vor dem Bierstreit bekannt gemachte Forderung einer Senkung der Biersteuer um 7 RM gemacht. Wie sie im einzelnen verteilt werden soll, darüber wird mit den Ländern verhandelt werden. Zu ihrer Forderung hat die Reichsregierung unter der Voraussetzung, daß der Streit beendet wird.

Berlin, 3. März.
Der Verband der Brauereien Berlin hat in seiner heutigen Vorstandssitzung beschlossen, im Hinblick auf den Abbruch des Bierstreits die für Freitag ausgeprochenen vorläufigen Kundgebungen von rund 7000 Brauereiarbeitern rektlos zurückzunehmen.

Der durch den Bierposten erhaltene Umsatzausfall bei den Brauereien wird auf rund zwei Millionen Mark geschätzt.

Deutsche Wirtschaftshilfe für Oesterreich.

Zugeständnisse für die österreichische Ausfuhr.

Wien, 3. März.
Der Bundeskanzler Dr. Burech hat am 16. Februar, wie erinnerlich, an die Verbände Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens den Appell gerichtet, Oesterreich bei seinen Bemühungen zur Beseitigung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterstützen. Der deutsche Gesandte Dr. Reich hat daraufhin heute dem Bundeskanzler im Auftrage der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben:
Die deutsche Regierung hat von der Erklärung, wonach die österreichische Regierung bereit ist, mit den benachbarten und allen anderen Staaten in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten, und auf das wirtschaftliche und finanzielle Entgegenkommen der anderen Staaten rechnet, um über die gegenwärtige schwere Wirtschaftslage hinwegzukommen, mit allem Verständnis für die wirtschaftliche Notlage Oesterreichs und mit aller Hilfsbereitschaft Kenntnis genommen. Daß die Hilfsbereitschaft Deutschlands in der Vergangenheit nicht immer in genügendem Umfange sich hat auswirken können, lag neben anderen Umständen vor allem auch in den Auswirkungen des Weltwirtschaftskrisensystems begründet. Wenn die Empfehlungen des Finanzkomitees und des Völkerverbundes und die Mitwirkung der anderen Staaten die Möglichkeit eröffnen, Oesterreichs Zugeständnisse für seine Ausfuhr unabhängig von den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu machen, so ist Deutschland dazu bereit. Die deutsche Regierung ist zur Aufnahme allseitiger Verhandlung über die Art und den Umfang der Zugeständnisse bereit.

Hierzu wird aus Berlin geschrieben: Bei der Erklärung, die der deutsche Gesandte in Wien der österreichischen Regierung als Antwort auf ihre Demarche vom 16. v. M. heute übermitteln hat, handelt es sich um die erste Hilfsbereitschaftserklärung dieser Art. Deutschland ist bereit — wie es immer bereit war — Oesterreich nach Kräften zu helfen, und wenn die Regierung Burech der Anregung des Völkerverbundes gefolgt ist, als sie mit allen in Verhandlungen

treten wollte, weil sie das Stattfinden und den Erfolg solcher Verhandlungen als Lebensnotwendigkeit erkannte, so war es eine Selbstverständlichkeit, daß Deutschland diese Bereitschaft auch im vorliegenden Falle kundgab. Sie kann auf verschiedene Weise verwirklicht werden, wenn auch nicht im Wege eines bloßen Wirtschaftshilfsabkommens der Nachbarstaaten, sei es in Form einer Zollunion oder eines Präferenzsystems. Wenn aber die üblichen Rädie bereit sind, eine Bevorzugung Oesterreichs wie anderer notleidender Staaten in Form von Präferenzen zuzulassen, so würde Deutschland, wie es in diesem Zusammenhang wieder betont hat, treudig die Gelegenheit ergreifen, um zu helfen, und bietet zu diesem Zwecke allseitige Verhandlungen an. Die gleichzeitige Empfehlung Lardies in Wien, die Nachbarstaaten möchten sich untereinander einigen, ist demgegenüber wirtschaftlich von recht platonischer Bedeutung, denn weder kann sie Oesterreich sofortige Hilfe bringen, noch können alle Beteiligten zusammen ohne große und aufnahmefähige dritte Kräfte, vor allem Deutschlands, ihre Rädie überwinden.

Keine Donau-Wirtschaftsgemeinschaft ohne Deutschland.

Wien, 3. März.
In einer großdeutschen Versammlung nahm Bundesminister a. D. Dr. Schatzl zur Frage einer Zollentente der Donauländer Stellung. Er sagte, daß nach wie vor in Oesterreich der Wille und die Notwendigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft der Donauländer besteht, die jedoch nur mit Deutschland zusammen eine dauernde und erfolgreiche Wirtschaftsgemeinschaft für Mitteleuropa bedeuten könne. Darum müsse jeder Versuch, diese mitteleuropäische Wirtschaft ohne Deutschland zu bilden wegen der fragwürdigen wirtschaftlichen Bedeutung und Auswirkung als nutz- und unsichtlos abgelehnt werden.